

Weil alles dafür spricht: Mehr Flüchtlinge aufnehmen!

Die Zahl der Menschen, die wegen multipler Krisen (Krieg, Gewalt und andere Existenzbedrohungen) dazu gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, hat sich laut UNHCR zwischen 2012 (ca. 45 Millionen Menschen) und Mitte 2023 (ca. 114 Millionen Menschen) nahezu verdreifacht. Es sind aktuell etwa 70 Mio. Menschen mehr auf der Suche nach einem Ort, an dem sie jenseits ihrer Heimat in Sicherheit und Würde leben können, als noch im Jahr 2012.

Wer sich der damit verbundenen Herausforderung der Aufnahme von Schutzsuchenden entziehen und diese Entziehung „rechtfertigen“ will, der muss

- Flüchtlinge in der Debatte sprachlich zu „*irregulären Migrant*innen*“ herabstufen;
- einen „*Abwehrkampf*“ nicht gegen die Ursachen der Flucht sondern gegen diejenigen ausrufen, die zur Flucht gezwungen sind;
- sich dafür aussprechen, in diesem Abwehrkampf „*Spielräume zu entdecken, die inhuman klingen*“ oder
- laut darüber nachdenken, „*physische Gewalt*“ gegen Menschen anzuwenden, deren einziges Verbrechen es ist, jenseits der Heimat etwas Besseres zu suchen als den Tod.

Und der muss zwangsläufig auf Gewalt und auf Menschenrechtsverletzungen setzen. Das zeigt die Flüchtlingspolitik Australiens, das zeigt die Flüchtlingspolitik Großbritanniens, das zeigt die menschenrechtswidrige Situation an den Außengrenzen der Europäischen Union, die derzeit im Rahmen der GEAS-Reform legalisiert werden soll, und das zeigt das aktuelle Gesetzgebungsverfahren, das die Bundesregierung unter der Überschrift „*Rückführungsverbesserungsgesetz*“ auf den Weg gebracht hat.

Wer aus der demokratischen Mitte von Politik und Gesellschaft heraus so spricht und so handelt, der spricht und handelt nicht nur engherzig, sondern auch geschichtsvergessen: Das Recht zur Flucht braucht, wenn es kein leeres Versprechen bleiben soll, ein Recht auf Ankunft. Und wer aus der demokratischen Mitte von Politik und

Gesellschaft heraus so spricht und so handelt, der spricht und handelt zugleich zukunftsvergessen. Sich der Herausforderung der Aufnahme von Schutzsuchenden zu stellen, ist nicht nur ein menschenrechtliches Gebot, sondern liegt auch im gesamteuropäischen und besonders im Interesse der Bundesrepublik Deutschland:

Denn aufgrund der demografischen Entwicklung braucht Deutschland – ebenso wie die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union – künftig noch sehr viel mehr Einwanderung als bisher, um zukunftsfähig zu bleiben oder zu werden. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bedarf es – selbst bei Ausschöpfung aller inländischer Arbeitsmarktpotentiale, die noch gehoben werden müssten – ab sofort einer Nettozuwanderung von jährlich 400.000 Personen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren, um das derzeitige Erwerbspersonenpotenzial in der Bundesrepublik bis 2060 auch nur stabil zu halten.

Und dieser Bedarf an Menschen wird sich bei weitem nicht decken lassen durch

- absehbar **weiter abnehmende EU-Binnenmigration**. Das positive Wanderungssaldo zwischen Deutschland und anderen EU-Staaten betrug im Jahr 2014 noch 338.000 Personen und im Jahr 2021 nur noch 140.000. Die sinkende Tendenz seit 2014 ist stabil und es gibt kein Anzeichen für eine Trendwende;
- nur **wenige internationale Studierende**, den nach ihrem Hochschulabschluss dauerhaft oder wenigstens langfristig in Deutschland bleiben: Von 2006 bis 2021 – also in einem Zeitraum von 15 Jah-



ren – haben laut Statistischem Bundesamt insgesamt nur 612.000 internationale Studierende aus Nicht-EU-Staaten in Deutschland ein Studium begonnen. Erfahrungsgestützten Prognosen zufolge bleibt nach dem Studienabschluss lediglich etwa ein Drittel von ihnen dauerhaft oder zumindest langfristig (d.h. mehr als 10 Jahre) in Deutschland.

- **bescheidene Erfolge bei der Arbeitsmigration und im Werben um die „besten Köpfe“.** Laut Statistischem Bundesamt ist die Gesamtzahl der Erwerbsmigrant*innen aus Drittstaaten im Jahr 2022 um nur 56.000 Personen angewachsen. Im Vergleich zu den Vorjahren war das sogar ein starker Aufwuchs, der sich aber ausschließlich durch Nachholeffekte aufgrund des Wegfalls vieler Corona-bedingter Einschränkungen erklärt. Die Bundesregierung selbst erwartet aufgrund der in den nächsten Monaten in Kraft tretenden neuen bzw. reformierten Zugangswege, dass jährlich ca. 75.000 Erwerbsmigrant*innen nach Deutschland einreisen werden.

Was wäre zu tun?

Mehr Energie für „Integrationsoffensiven“ und weniger Energie für „Rückführungsoffensiven“

Wir brauchen künftig mehr Investment in eine attraktive, plurale und diskriminierungsfreie Einwanderungsgesellschaft und mehr Investment in alle (!) Menschen, die zu uns kommen. Mehr Energie für „Integrationsoffensiven“ und weniger Energie für „Rückführungsoffensiven“ heißt das Gebot der Stunde: mit Blick auf die Zukunft, aber auch angesichts der realen – in der politischen und gesellschaftlichen Debatte leider vielfach ausgeblendeten – Gegebenheiten:

- Etwa **93 Prozent der im Jahr 2022 nach Deutschland geflüchteten Personen** (Ukrainer*innen und **Schutzsuchende** aus anderen Herkunftsländern) haben in Deutschland einen Schutzstatus erhalten;
- Über **70 Prozent** aller vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Zeitraum Januar bis September 2023 inhaltlich entschiedenen Asylanträge führten zu einer Schutzberechtigung (**bereinigte Schutzquote**). Dieser ohnehin hohe Prozentsatz wird auf dem Klageweg weiter ansteigen. Denn etwa jede dritte Klage gegen einen ablehnenden Asylbescheid des BAMF vor einem Verwaltungsgericht führte

in den letzten Jahren zu einem (verbesserten) Schutzstatus für die Kläger*innen.

- Den knapp **3 Millionen aufenthaltsberechtigten ehemaligen Schutzsuchenden** standen zum Zeitpunkt 30. Juni 2023 lediglich **142.035 ausreisepflichtige Personen gegenüber, deren Asylantrag in der Vergangenheit abgelehnt** wurde. Das entspricht einem Prozentsatz von nur 4,8 Prozent.

Politik und Gesellschaft sollten sich deshalb weniger darum bemühen, mit großem Aufwand, menschenrechtlich fragwürdigen Methoden und absehbar bescheidenem „Erfolg“ die wenigen Menschen wieder „loszuwerden“, die aus unterschiedlichen Gründen zwar keinen Schutzstatus erhalten, vielfach aber trotzdem gute Gründe für ihren Verbleib in Deutschland (z.B. Krankheit, Ausbildung, Beschäftigung, Personenfürsorge) haben.

Politik und Gesellschaft sollten sich stattdessen sehr viel mehr darum bemühen, alle Menschen mit einer Fluchtbiografie als Chance zu sehen, sie zu „Langheimischen“ werden zu lassen und ihnen Rahmenbedingungen und Förderangebote zu geben, damit sie in ihrem eigenen und im Interesse Deutschlands hier Fuß fassen zu können. Denn es gibt in aller Regel keinen Widerspruch zwischen diesen beiden Interessen.

Mehr Investment in den Aufbau der Infrastruktur – für geflüchtete wie für nicht geflüchtete Menschen!

Deutschland wird aufgrund des demografischen Wandels auch in Zukunft wachsen müssen, wenn es zukunftsfähig sein will; genauso wie Deutschland in den letzten Jahren bereits gewachsen ist: Von 81 Millionen Einwohner*innen im Jahr 2014 auf derzeit etwa 84,5 Millionen Menschen.

Diejenigen, die in den nächsten Jahren in großer Zahl aus dem Arbeitsleben ausscheiden, werden immer älter werden. Und genau wie diejenigen, die – auch um sie auf dem Arbeitsmarkt zu ersetzen und um deren Rentenanwartschaften durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu sichern – neu nach Deutschland kommen werden, haben sie **Bedarfe im Hinblick auf bezahlbares Wohnen, auf Mobilität, Gesundheitsfürsorge und andere Dimensionen der staatlichen Daseinsvorsorge.**



Gegenwärtig erleben wir eine mit Ressentiments beladene und Ressentiments befördernde Sündenbockdiskussion, die angeblich zu viele Menschen – sprich zu viele Schutzsuchende – für alle Versorgungsdefizite von der Wohnraumversorgung bis hin zum Bildungs- und Gesundheitswesen verantwortlich macht. Das blendet nicht nur die jahrzehntlange und weiter andauernde Vernachlässigung öffentlicher Infrastruktur in der Folge einer ideologisch motivierten Diskreditierung staatlicher Daseinsvorsorge aus, sondern ignoriert auch zwei simple Tatsachen:

- Derzeit leben aufgrund der demografischen Gegebenheiten nicht zu viele, sondern zu wenige Menschen in Deutschland!
- Der derzeitige und erst recht der künftige Einwanderungsbedarf wird ohne diejenigen, die trotz aller Widerstände als Schutzsuchende ihren Weg nach Deutschland finden, nicht zu decken sein.

Vielfach wird beklagt, dass bisher nur etwa die Hälfte der 2015/2016 nach Deutschland geflüchteten vorwiegend Syrer*innen und Afghan*innen sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist. Das kann man tun und genauso kann man darüber streiten, welchen Anteil daran die rechtlichen Rahmenbedingungen der Aufnahme haben, welchen vorhandene Abwehrhaltungen in der Aufnahmegesellschaft und welchen die Geflüchteten selbst.

All das sollte man aber nicht tun, ohne sich zuvor bewusst zu machen, wie die Wirklichkeit ohne die andere Hälfte, nämlich die gut 500.000 Geflüchteten der Jahre 2015/16, aussehen würde, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Denn sie tragen viel dazu bei, dass nicht noch mehr

- Pflegebedürftige ohne Pflege bleiben,
- ÖPNV-Nutzer*innen „auf der Strecke“ bleiben,
- Patient*innen über Monate hinweg auf einen Arzttermin warten,
- Terminvereinbarungen mit Handwerker*innen eines Vorlaufs von mehreren Monaten bedürfen,
- Fragen nach Tischreservierungen in Restaurants abschlägig beschieden werden, weil sie an drei Tagen in der Woche geschlossen bleiben oder ihre Auslastung auf 50 Prozent beschränken müssen.

Wer auf diese Fakten schaut und an einer guten Zukunft für ein wirtschaftlich starkes und zugleich den Menschenrechten verpflichtetes Deutschland interessiert ist, darf Menschen, die nach Deutschland gekommen sind oder noch kommen werden, nicht zurückweisen, sondern muss statt dessen auskömmlich und dauerhaft in diese Menschen und in eine belastbare und bezahlbare Infrastruktur für alle investieren.

Mainz, den 07. Dezember 2023

Vi.S.d.P.: Initiativsausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz – Albert-Schweitzer-Str. 113-115 – 55128 Mainz
migration@zgv.info – www.ini-migration.org

AUFRUF

**Weil alles dafür spricht:
Mehr Flüchtlinge aufnehmen!**

**Arbeit und
Leben**

RHEINLAND-PFALZ / SAARLAND



**Initiativsausschuss für
MIGRATIONSPOLITIK**



**Bezirksverband
Rheinland e.V.**



Diakonie 
in Rheinland-
Pfalz



**Flüchtlingsrat
RLP e.V.**

